



A 22127 C

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1979

Die Lage der Weltwirtschaft 173

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland 178

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 15-16/79

Berlin

11. April 1979

46. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1979

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V.:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg
IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 6. April 1979

Die Lage der Weltwirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern stand im Winterhalbjahr 1978/79 im Zeichen einer kräftigen Expansion: In Westeuropa und Japan verstärkte sich der Produktionsanstieg merklich; in den USA wurden die Aufschwungskräfte durch den Übergang zu einer restriktiven, auf Inflationsbekämpfung gerichteten Politik noch nicht nennenswert gedämpft. Der Preisauftrieb hat sich in den meisten Industrieländern beschleunigt. Der erhöhte Rohstoffverbrauch sowie spekulative Käufe führten zu erheblichen Verteuerungen der Industrierohstoffe; eine wichtige Rolle spielte die von den Ereignissen in Iran ausgelöste Verknappung des Rohöls. Die Lage an den Devisenmärkten hat sich als Folge des wirtschaftspolitischen Kurswechsels in den USA beruhigt.

Rezessionsgefahr in den USA

In den USA hat sich der Aufschwung im Winterhalbjahr noch fortgesetzt. Das reale Bruttosozialprodukt nahm — nach der mäßigen Expansion im Spätsommer — recht kräftig zu. Stimuliert durch eine weitere deutliche Zunahme der Beschäftigung und steigende Inflationserwartungen erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben zügig. Impulse kamen auch von den Unternehmensinvestitionen, während der Wohnungsbau auf hohem Niveau stagnierte. Expansive Effekte gingen von den kräftig gestiegenen Exporten aus.

Die konjunkturelle Dynamik hat sich bei einem gleichzeitig relativ mäßigen Lohnanstieg günstig auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. So lag die Zahl der

Beschäftigten zum Jahresende um 3,5 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote sank wegen des starken Zugangs an Erwerbspersonen nur noch wenig.

Der Preisauftrieb hat sich zur Jahreswende nochmals deutlich beschleunigt. Besonders stark verteuerten sich Nahrungsmittel und Energie. Die Preisleitlinien der Regierung zeigten bisher insgesamt kaum Auswirkungen. Offensichtlich haben vor allem die – nicht von Sanktionen bedrohten – kleineren und mittleren Unternehmen in Erwartung verschärfter Kontrollen ihre Preise überdurchschnittlich erhöht.

Der kräftige Preisanstieg und die fortschreitende Dollarabwertung veranlaßten die Wirtschaftspolitik im vergangenen Herbst zu einem Kurswechsel. Nachdem zu Beginn des Jahres die Steuern noch einmal gesenkt worden waren, will die Regierung nunmehr den Anstieg der Staatsausgaben deutlich bremsen. Der Haushaltsentwurf für das Fiskaljahr 1979/80 sieht eine drastische Verringerung des Defizits vor.

Um die kräftige Kreditnachfrage einzudämmen und die Preiserhöhungsspielräume einzuengen, vollzog die amerikanische Zentralbank im November den Wechsel zu einer deutlich restriktiven Politik. Die Geldmenge stieg seitdem erheblich schwächer als zuvor. Gleichzeitig wurde damit der Vertrauensschwund gegenüber dem Dollar gestoppt. Die Dollarstabilisierung wurde durch die Verringerung des Leistungsbilanzdefizits gestützt.

Aufgrund der restriktiven Wirtschaftspolitik ist mit einer Konjunkturabschwächung zu rechnen, die im zweiten Halbjahr zu einer Abnahme des realen Sozialprodukts führen kann. Im Wohnungsbau künftigen sinkende Baugenehmigungen einen Rückgang der Investitionen an. Wegen der schlechteren Einkommens- und Beschäftigungsaussichten und des erhöhten Zinsniveaus wird sich die Zunahme des privaten Verbrauchs spürbar abschwächen. Für die nächste Zeit ungünstigere Gewinn- und Absatzerwartungen werden die Unternehmen zu einer vorsichtigeren Investitionspolitik veranlassen. Von der Lagerhaltung werden nur begrenzte negative Wirkungen ausgehen, da die Lagerbestände relativ niedrig sind.

Insgesamt ist 1979 im Jahresdurchschnitt eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 2 1/2 vH zu erwarten, nach 4 vH im vergangenen Jahr. Der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten wird im Jahresverlauf abnehmen.

Die Arbeitslosenquote dürfte 6 vH wieder deutlich überschreiten. Der Preisauftrieb wird sich nach den hohen Teuerungsraten zu Jahresbeginn wohl im weiteren Verlauf des Jahres verlangsamen; dazu dürfte nicht zuletzt eine schwächere Verteuerung der Nahrungsmittel beitragen. Im Jahresdurchschnitt

wird der Anstieg der Verbraucherpreise mit reichlich 9 vH freilich höher ausfallen als 1978 (7,7 vH). Aufgrund der sich abzeichnenden Umkehr des Konjunkturgefülles zwischen den USA und den wichtigsten Handelspartnern dürfte das Leistungsbilanzdefizit 1979 trotz des erheblich verteuerten Imports von Rohöl und anderen Rohstoffen geringer sein als im vergangenen Jahr (1978: 16 Mrd. US-\$).

Expansion in Japan setzt sich fort

In Japan hat sich die konjunkturelle Expansion beschleunigt. Dies beruhte auf einer verstärkten Zunahme der Inlandsnachfrage. Die Ausfuhr, die im Sommer stark gesunken war, verminderte sich nur wenig. Die öffentlichen Investitionen und der private Verbrauch nahmen noch etwas rascher als vorher zu, vor allem aber steigerten die Unternehmen ihre Anlageinvestitionen beschleunigt und stockten auch ihre Läger wieder auf. Aufgrund der inländischen Nachfrageentwicklung, aber auch im Zusammenhang mit den staatlich initiierten Mehrimporten nahm die Einfuhr kräftig zu. Da sich überdies die Terms of Trade unter dem Einfluß der Yen-Abwertung (von Oktober 1978 bis März 1979 effektiv rd. 10 vH) sowie der Erhöhung der Rohstoffpreise verschlechterten, sanken die außenwirtschaftlichen Überschüsse erheblich. Die Verteuerung der Einfuhr führte bereits zu einem Wiederanstieg der Großhandelspreise, während die Steigerung der Verbraucherpreise noch relativ schwach blieb.

Im Verlauf dieses Jahres wird die konjunkturelle Expansion weiterhin durch die öffentliche Nachfrage gestützt werden, allerdings in geringerem Maße als 1978. Gleichzeitig dürfte die Ausfuhr bei wieder verbesserter Wettbewerbsposition und nach der Lockerung der Exportbeschränkungen allmählich wieder zunehmen. Der private Verbrauch wird wohl etwa so stark wie 1978 steigen; dem sich leicht beschleunigenden Preisanstieg steht eine ebenfalls verstärkte Erhöhung der verfügbaren Einkommen gegenüber. Die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe werden 1979 angesichts der deutlich verbesserten Gewinnsituation wieder merklich zunehmen; dagegen ist bei den Investitionen der Energiewirtschaft, die im Vorjahr die Investitionstätigkeit entscheidend stützten, eine Abschwächung zu erwarten.

Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt im weiteren Verlauf des Jahres etwas langsamer als im Winterhalbjahr expandieren. Im Jahresdurchschnitt 1979 ist wiederum mit einem Zuwachs um 5 1/2 vH zu rechnen. Dabei wird die Einfuhr stärker als die Ausfuhr steigen. Zusammen mit der Verschlechterung der Terms of Trade wird dies zu einem erheblich verringerten Leistungsbilanzüberschuß führen.

Westeuropa: Konjunkturelle Erholung auf breiterer Basis

In Westeuropa hat die konjunkturelle Erholung an Breite gewonnen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen lösten zunehmend Nachfrageimpulse im privaten Sektor aus. Die Zahl der Beschäftigten ist jedoch nur wenig gestiegen. Der Lohnanstieg hat sich im allgemeinen noch verringert, während sich der Preisauftrieb in den meisten Ländern nicht mehr abschwächte.

In einer Reihe von Ländern haben die Ausüstungsinvestitionen deutlich zugenommen. Dazu dürfte nicht zuletzt die verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen beigetragen haben. Im Wohnungsbau war, abgesehen von der Bundesrepublik Deutschland, nur eine leichte Belebung zu verzeichnen.

Der private Verbrauch expandierte in den meisten Ländern weiter zügig. Getragen wurde die Zunahme nicht nur von der Expansion der verfügbaren Einkommen, sondern auch von einer Erhöhung der Konsumneigung. Im allgemeinen hielt der kräftige Nachfrageanstieg nach dauerhaften Gebrauchsgütern, vor allem nach Automobilen, an.

Die Ausfuhren der westeuropäischen Länder haben sich merklich erhöht. Dies gilt insbesondere für den innereuropäischen Handel. Auch der Export in die Staatshandelsländer nahm wieder zu. Die Lieferungen nach Nordamerika stiegen demgegenüber nur noch langsam. Gleichzeitig expandierten die Importe verstärkt; bislang haben sich die Handelsbilanzen nur wenig passiviert.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich trotz gesteigener Auslastung der Sachkapazitäten nicht nennenswert verändert. Der geringen Zunahme der Beschäftigung stand ein auch nur leichter Anstieg des Erwerbspotentials gegenüber. Die Erwerbslosenquoten verharrten zumeist auf hohem Niveau; die Zahl der offenen Stellen ist erst wenig gestiegen. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich jedoch verschiedentlich spürbar verringert. Bei der zurückhaltenden Einstellungspolitik der Unternehmen und der verstärkten Produktionszunahme beschleunigte sich der Produktivitätsanstieg. Auch strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt verhinderten einen Rückgang der Erwerbslosigkeit: Vielfach verhindert mangelnde berufliche Ausbildung die Eingliederung in den Arbeitsprozeß.

Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit hat offenbar dazu beigetragen, daß sich der Lohnauftrieb, ausgenommen in Großbritannien, weiter verlangsamte. Die fortgesetzte Abschwächung war auch die Folge einkommenspolitischer Maßnahmen. Die laufenden Tarifverhandlungen lassen erwarten, daß der Lohnauftrieb in etwa unverändert bleibt.

Der Preisauftrieb hat sich nach der Jahreswende zumeist spürbar verstärkt. Auf der Verbraucherstufe ist dies insbesondere auf die kräftige Verteuerung von Mineralölprodukten, saisonabhängigen Nahrungsmitteln und in mehreren Ländern auf die Anhebung öffentlicher Tarife zurückzuführen; die starke Beschleunigung dürfte daher nur vorübergehend sein. Allerdings wird der Preisauftrieb auch im weiteren Verlauf kräftig sein, wie die Entwicklung auf den vorgelagerten Stufen erwarten läßt: Zwar dürfte sich der Anstieg der Lohnstückkosten in vielen Ländern ermäßigt haben; dem stand jedoch eine kräftige Verteuerung insbesondere der Industrierohstoffe gegenüber. Zugleich sind verschiedentlich die Überwälzungsmöglichkeiten aufgrund der kräftigen Geldmengenexpansion im vergangenen Jahr größer geworden, zumal der Wettbewerb nicht mehr durch eine Verringerung der Kapazitätsauslastung verschärft wurde. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird 1979 mit durchschnittlich 7 1/2 vH etwas stärker als im Vorjahr (6,7 vH) sein.

Angesichts der erreichten Konjunkturerholung und des verstärkten Preisauftriebs sind von der Wirtschaftspolitik 1979 im allgemeinen keine nennenswerten zusätzlichen Maßnahmen zu erwarten. Die Geldpolitik strebt offenbar eine stabilisierungsorientierte Geldmengenentwicklung an. Die Finanzpolitik ist vielfach auf eine allmähliche Konsolidierung ausgerichtet.

Im allgemeinen wird das Expansionstempo, das im Winterhalbjahr auch durch starke lagerzyklische Einflüsse bestimmt wurde, im weiteren Jahresverlauf wieder etwas geringer sein; wesentlich schwächer als in den übrigen Ländern dürfte der Produktionsanstieg in Großbritannien und Norwegen sein. Die privaten Investitionen werden aufgrund anhaltend günstiger Absatzerwartungen weiter steigen. Für Westeuropa dürfte sich insgesamt 1979 ein Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von rund 3 1/2 vH ergeben nach knapp 3 vH im Jahresdurchschnitt 1978. Dieses Wachstum wird jedoch nicht ausreichen, die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Unveränderter Anstieg des Welthandels

Der Welthandel ist seit dem vergangenen Herbst weiter zügig gestiegen. Dazu trugen vor allem die Impulse bei, die von der Nachfrage- und Produktionsbelebung in Westeuropa ausgingen. Beeinflußt wurde die Entwicklung des Welthandels durch den Außenhandel mit Erdöl: Zunächst wurden die Bezüge in Erwartung der für Anfang 1979 angekündigten Preiserhöhungen weltweit forciert, später wirkte sich der Ausfall iranischer Lieferungen aus.

Die Einfuhr der westeuropäischen Industrieländer wird ihren Anstieg in wohl nur leicht verringertem Tempo fortsetzen; in den USA wird die zu erwar-

tende Konjunkturabschwächung die Einfuhrentwicklung spürbar bremsen. Die OPEC-Länder insgesamt werden auch bei sich wieder erhöhenden Exporterlösen ihre Importe voraussichtlich nur wenig stärker ausweiten als im vergangenen Jahr. Die Gruppe der nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer wird trotz erheblich gestiegener Rohstoff Erlöse ihre Importe weiterhin nur mäßig steigern, nachdem sich ihre Leistungsbilanzdefizite in den letzten beiden Jahren drastisch erhöht hatten. Die Staatshandelsländer dürften angesichts der hohen und immer noch steigenden Verschuldung gegenüber westlichen Gläubigerländern ebenfalls bemüht sein, die Zunahme ihrer Importe in relativ engen Grenzen zu halten.

Insgesamt wird der Welthandel im Verlauf dieses Jahres dem Volumen nach wohl ungefähr im gleichen Tempo wie 1978 expandieren. Wegen des größeren Überhangs dürfte sich jedoch im Jahresdurchschnitt 1979 mit annähernd 6 vH eine höhere Zuwachsrate als 1978 (knapp 5 vH) ergeben.

Abklingen der Rohstoffhausse

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe haben sich die Preise im Winterhalbjahr 1978/79 stark erhöht. Der Rohstoffbedarf nahm kräftig zu, weil die Industrieproduktion in Westeuropa und Japan beschleunigt stieg und die Expansion in den USA anhielt. Ab Januar lösten schließlich die Unruhen in Iran und in Südostasien spekulativ bedingte Käufe aus; die Verarbeiter erhöhten vorsorglich ihre Rohstoffvorräte. Die Hausse erfaßte vor allem solche Rohstoffe, deren Angebot von den Produzenten niedrig gehalten wurde.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Rohstoffnachfrage erheblich schwächer als bisher zunehmen. Dabei ist vorausgesetzt, daß sich die Lage in den Krisengebieten weiter beruhigt und so der Spekulation der Boden entzogen wird. Nachfrage dämpfend wird sich auch die Konjunkturabschwächung in den USA auswirken. Die Verarbeiter dürften dann auf eine weitere Aufstockung ihrer inzwischen wesentlich erhöhten Rohstoffvorräte verzichten. Die Preise werden daher sinken. Der Rückgang dürfte aber nicht sehr ausgeprägt sein, da die Produzenten wegen ihrer nach wie vor hohen Lagerbestände die Produktionsrestriktionen nur allmählich lockern werden.

Die Situation auf den internationalen Erdölmärkten hat sich zuletzt wieder leicht entspannt, obwohl die Produktion in Iran weiterhin unter ihrem früheren Stand geblieben ist. Die konjunkturelle Abschwächung in den USA und die Zunahme der Förderung in den OECD-Ländern sowie preisbedingte Substitutionsprozesse werden sich dämpfend

auf den Ölimport der Industrieländer auswirken. Nach der kräftigen Verteuerung bis Anfang April dürften sich weitere Preisanhebungen der OPEC-Staaten nur durchsetzen lassen, wenn bei steigenden Lieferungen des Iran die übrigen Ölexportländer ihre Förderung zurücknehmen.

Deutlichen Preissteigerungen auf den Nahrungsmittelmärkten standen im Winterhalbjahr kräftige Preisrückgänge bei Genußmitteln gegenüber. Die Marktlage bei Weizen und Futtergetreide ist weiterhin durch hohe Lagerbestände gekennzeichnet. Preisstützend wirken die restriktive Angebotspolitik der USA, die hohen Weizenimporte Chinas und die lebhaftere Nachfrage nach Futtergetreide. Wesentliche Preisveränderungen sind auf den Getreidemarkten deshalb nicht zu erwarten. Bei Zucker ist wegen der sehr hohen Vorräte mit gleichbleibend niedrigen Preisen zu rechnen. Auf den Märkten für Ölsaaten dürften die Preise nach der starken Verteuerung wieder nachgeben, da in den USA, dem wichtigsten Erzeuger von Sojabohnen, eine erhebliche Ausweitung der Anbaufläche abzusehen ist. Die Rindfleischpreise werden bei weiter zunehmender Nachfrage und abnehmenden Schlachtungen, die vor allem eine Folge des beginnenden Bestandsaufbaus in den USA und Australien sind, weiter steigen. Bei nur noch leicht rückläufigen Notierungen für Kakao und kaum noch sinkenden Kaffeepreisen dürfte sich das Preisniveau für Nahrungs- und Genußmittel im Sommerhalbjahr nicht wesentlich verändern.

Ausblick

Die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres stärker auffächern: In den USA wird die Stabilisierungspolitik den Aufschwung beenden. In Westeuropa und Japan wird sich der Produktionsanstieg demgegenüber fortsetzen, wenn auch nicht mehr ganz so rasch wie im Winterhalbjahr, als lagerzyklische Einflüsse stimulierend wirkten. Insgesamt ist in den Industrieländern im Durchschnitt des Jahres 1979 ein Anstieg des realen Bruttosozialprodukts zu erwarten, der bei dem hohen Gewicht der USA mit annähernd 3 1/2 vH etwas niedriger als in den beiden Vorjahren sein wird. Bei dieser Prognose wird angenommen, daß die Verknappung auf dem Rohölmarkt, die auf die Einschränkung der iranischen Förderung zurückgeht, die Versorgung der Industrieländer im laufenden Jahr nicht ernsthaft beeinträchtigt.

Die Nachhaltigkeit der Konjunkturabschwächung in den USA wird insbesondere davon abhängen, wie schnell Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation erzielt werden. Zwar ist der Erfolg der einkommenspolitischen Bemühungen noch fraglich. Die Restriktionsmaßnahmen werden aber die Preis-

erhöhungsspielräume einengen; im späteren Jahresverlauf dürften Stabilisierungstendenzen sichtbar werden. Dies würde die Wirtschaftspolitik wohl veranlassen, im Interesse einer mittelfristigen Verstärkung des Wirtschaftswachstums die Restriktionen zu lockern. Dann brauchte es nicht zu einer einschneidenden, über das laufende Jahr hinausreichenden Rezession zu kommen.

Für die Fortsetzung der konjunkturellen Expansion in Westeuropa in diesem Jahr spielen wirtschaftspolitische Stimulierungsmaßnahmen eine Rolle, die vor allem in der Bundesrepublik Deutschland ergriffen wurden und auf die anderen Länder ausstrahlen. Anders als in der Aufschwungsphase 1975/76 trägt zur Festigung der Auftriebskräfte eine zumeist günstigere Gewinnsituation bei; die konjunkturelle Erholung wird deshalb auch von den Unternehmensinvestitionen gestützt. Dennoch ist nicht gewiß, daß es zu einer nachhaltigen Entfaltung der Aufschwungskräfte in Westeuropa kommt. Schwerer als die jüngsten Turbulenzen am Erdölmarkt, die die Labilität in der Energieversorgung wieder bewußt gemacht haben, wiegen dabei verteilungspolitische Risiken. Dies gilt zwar weniger für das laufende Jahr, in dem die Lohnentwicklung mit wenigen Ausnahmen — darunter namentlich Großbritannien — in relativ ruhigen Bahnen zu laufen verspricht. Angesichts der Tendenz zu wieder stärkerem Preisauftrieb muß sich aber erst noch erweisen, ob die Mäßigung in den verteilungspolitischen Auseinandersetzungen auch bei anhaltend aufwärtsgerichteter Konjunktur in Westeuropa Bestand hat.

Die Beschleunigung des Preisauftriebs ist vor allem in den USA konjunkturbedingt, während in Europa auch Sonderfaktoren eine Rolle spielten. Die Verteuerung der Rohstoffe ist sowohl auf den beschleunigten Anstieg des Rohstoffverbrauchs im Winterhalbjahr als auch auf Angebotsbeschränkungen zurückzuführen. Die Erhöhung der Rohölpreise fällt dabei nicht aus dem Rahmen der Preisentwicklung der übrigen Industrierohstoffe. Für den weiteren Verlauf dieses Jahres wird insbesondere wegen der Konjunkturabschwächung in den USA eher ein Rückgang der Rohstoffpreise erwartet, so daß in den Industrieländern nicht mit weiteren Preisanstößen von dieser Seite her zu rechnen ist. Entscheidend für die weitere Preisentwicklung werden die wirtschaftspolitischen Rahmendaten und die verteilungspolitischen Bestrebungen der sozialen Gruppen sein. Dabei kommt der Stabilisierungspolitik in den USA insofern besondere Bedeutung zu, als sie erfahrungsgemäß über ihre Auswirkungen auf den Dollarkurs die währungspolitische Entwicklung der Weltwirtschaft und damit die monetären Bedingungen in den anderen Industrieländern beeinflußt.

Leistungsbilanzverbesserungen, wie sie viele Indu-

strielländer in den letzten Jahren erreichen konnten, dürften sich in diesem Jahr nicht fortsetzen. Die konjunkturelle Differenzierung zwischen den USA und den übrigen Industrieländern wird aber dazu beitragen, daß sich das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit verringert; die Verteuerung des Rohöls und die damit verbundene Verschlechterung der Terms of Trade vermindern indes das Tempo des Defizitabbaus. In den meisten anderen Industrieländern wird es zu einer Passivierungstendenz der Leistungsbilanz kommen. Dieser Einfluß dürfte allerdings nicht so groß sein, daß der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum dadurch bereits wieder merklich eingeengt würde. Überdies darf die 1977/78 vorangegangene einschneidende Verschiebung der Leistungsbilanzsalden zu Lasten der Rohstoffländer nicht außer acht bleiben. Ohne eine Korrektur, wie sie sich nun abzeichnet, wäre wohl eine erhebliche Dämpfung der Einfuhr dieser Ländergruppe unvermeidlich. Ihre Importe dürften 1979 ohnehin schwächer als der Welthandel insgesamt steigen.

**Reales Sozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern**

— Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr —

	Brutto- sozialprodukt		Konsumenten preise	
	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	3,5	4,0	2,6	3,5
Frankreich	3,0	3,5	9,3	9,5
Großbritannien	3,0	2,5	8,3	11,0
Italien	2,5	4,0	12,0	13,0
Niederlande	2,0	2,5	4,1	4,5
Schweden	2,5	4,0	10,0	8,0
Belgien	2,0	3,0	4,5	4,5
Schweiz	1,3	2,0	1,1	3,0
Österreich	2,0	3,5	3,6	4,0
Dänemark	1,5	2,5	10,0	7,5
Norwegen	2,9	2,0	8,1	7,0
Westeuropa ³⁾	2,9	3,4	6,7	7,5
USA	4,0	2,5	7,7	9,0
Kanada	3,5	3,5	9,0	9,0
Japan	5,6	5,5	3,8	4,5
Insgesamt ³⁾	3,8	3,3	6,8	7,8

1) Nach nationalen Quellen, teilweise geschätzt. — 2) Prognose der beteiligten Institute. — 3) Enthält nur die aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1977 zu Preisen und Wechselkursen von 1975.

In den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften, wo trotz der Konjunkturbelebung allenfalls eine leichte Verringerung der überwiegend hohen Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, kann die Wirtschaftspolitik noch vermeiden, unter einen ebenso starken stabilitätspolitischen Handlungszwang zu geraten wie in den USA. Die Geld- und Finanzpolitik läßt

vielfach nach den expansiven Tendenzen im vergangenen Jahr auch das Bemühen erkennen, wieder stärker einer mittelfristigen Orientierung zu folgen, um dadurch dem Aufkommen verstärkter Inflationserwartungen entgegenzutreten und so die Chancen für einen fortdauernden Aufschwung zu verbessern. Dies ist gerade angesichts der spürbaren Verteuerung importierter Rohstoffe und der Verschlechterung

der Terms of Trade von großer Bedeutung. Bei alledem ist allerdings noch keine nennenswerte Verringerung der Unterschiede in den Inflationsraten zu erwarten. Solange dies so ist, wird sich eine Politik der Verstetigung nur betreiben lassen, wenn notwendige Wechselkursanpassungen — auch im Rahmen des Europäischen Währungssystems — frühzeitig zugelassen werden.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Die konjunkturelle Besserung in der Bundesrepublik Deutschland setzt sich fort. Der Anstieg der Produktion hat sich — nach schwachem Start zu Beginn des vergangenen Jahres und recht kräftiger Zunahme im Sommer — im Herbst zwar verlangsamt; um die Jahreswende geriet er unter dem Einfluß des Arbeitskampfes in der Stahlindustrie sowie des außergewöhnlich schneereichen und kalten Winters vorübergehend sogar ins Stocken. Die konjunkturelle Grundtendenz blieb jedoch nach wie vor deutlich aufwärts gerichtet. Das zeigt sich auch darin, daß die Beschäftigung bis zuletzt stieg. Getragen wird diese Entwicklung durch außenwirtschaftliche, vor allem aber durch binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte, die ihrerseits durch Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, begleitet von einer fühlbaren Besserung der Ertragslage der Unternehmen, gefördert werden.

Die Periode sinkender Inflationsraten ging allerdings zu Ende. Beim Preisindex für die Lebenshaltung, der im Herbst nur um 2 vH höher lag als in der entsprechenden Vorjahreszeit, beträgt dieser Abstand nun wieder reichlich 3 vH. Eine besonders preistreibende Rolle spielte die Verteuerung der Mineralölprodukte.

Finanzpolitik stützt Konjunktur

Durch finanzpolitische Maßnahmen — Steigerung der öffentlichen Ausgaben und Senkung von Steuern — wurde die Nachfrage auf breiter Front angelegt.

So stiegen im Jahre 1978 die öffentlichen Investitionen und auch der Staatsverbrauch dem Volumen nach recht kräftig: die Bauinvestitionen erhöhten sich nach einem zwei Jahre währenden Rückgang um fast 8 vH, der Staatsverbrauch nach der schwachen Zunahme von 1 vH im Jahre 1977 um fast 3 1/2 vH. Zur starken Steigerung der öffentlichen

Bauinvestitionen trug bei, daß die Wirkung des „Programms für Zukunftsinvestitionen“ nicht durch Kürzungen in den Kernhaushalten geschmälert wurde; zur starken Steigerung des Staatsverbrauchs kam es auch, weil Bund, Länder und Gemeinden größere Tariflohnerhöhungen erwartet hatten als vereinbart wurden und einige Länder, aber auch viele Gemeinden, die dafür vorgesehenen Mittel für die Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften verwendeten.

Außergewöhnlich nahmen im letzten Jahr auch die Übertragungen an Unternehmen zu. Dabei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Zahlungen an die Bundesbahn sowie um Leistungen zur Sicherung des Absatzes im Steinkohlenbergbau.

Wenn trotzdem die gesamten Ausgaben des Staates im Jahre 1978 nur ebenso stark wie im Jahre 1977 gestiegen sind, so vorwiegend deshalb, weil die Anpassung der Renten aufgeschoben wurde und weit weniger Sparprämien an private Haushalte zu zahlen waren.

Die Einnahmen des Staates aus Steuern haben sich wegen der vielfältigen Entlastungen im Jahre 1978 nur um 5,5 vH erhöht. Im Vergleich zu dem in den Haushaltsansätzen erwarteten Aufkommen waren es indes 8 Mrd. DM mehr.

Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften hat sich nur um 5 Mrd. DM auf 32 Mrd. DM erhöht. Das Defizit der Sozialversicherung ging sogar, hauptsächlich wegen des Aufschiebens der Rentenerhöhung, um fast 2 Mrd. DM auf 2,5 Mrd. DM zurück.

Sondereinflüsse dämpften Ausfuhranstieg

Die Ausfuhr von Waren, die sich im Laufe des vergangenen Jahres nach einer Phase der Schwäche erholt hatte, verlor in den letzten Monaten vorüber-

gehend viel an Schwung. Eine Rolle spielte hierbei die politische Umwälzung in Iran, die die Lieferungen dorthin erheblich gedrosselt hat. Betroffen davon wurde hauptsächlich der Export von Investitionsgütern. Die anderen der OPEC angehörenden Länder scheinen dagegen ihre Bezüge aus der Bundesrepublik gesteigert zu haben. Die Ausfuhr in die Ostblockstaaten ging leicht zurück. Recht kräftig erhöhten sich demgegenüber die Exporte in die nicht der OPEC angehörenden Entwicklungsländer, denen offenbar steigende Rohstoffpreise, der Erlaß von Schulden und eine erneute Aufstockung der Kredite eine zügige Steigerung der Importe erlaubten. Die Ausfuhr in die westlichen Industrieländer hielt das mit dem starken Anstieg im Herbst erreichte hohe Niveau. Dies zeigt, daß die Grundtendenz dieses wichtigsten Teils der Exporte aufwärtsgerichtet blieb.

Das Preisniveau für Exportgüter, das sich bis in den Herbst hinein kaum verändert hatte, begann um die Jahreswende im Zuge der weltweiten Verteuerung von Vorprodukten deutlich zu steigen.

Bauinvestitionen Im Sog starker Nachfrage

Auf dem Baumarkt ist die Nachfrage nicht nur unter dem Einfluß staatlicher Maßnahmen, sondern auch wegen des zunehmenden Wunsches nach Wohnungseigentum bis zuletzt kräftig gestiegen. Dabei veranlaßte die Erwartung weiterer Zins- und Preissteigerungen die Bauherren, ihre Aufträge beschleunigt zu vergeben. Im Bauhauptgewerbe waren die gesamten Auftragseingänge im Jahre 1978 dem Volumen nach um fast 17 vH höher als ein Jahr davor. Im Ausbaugewerbe war die Rate wahrscheinlich ähnlich groß; hier hat vermutlich die Ausweitung des Gesetzes zur Wohnungsmodernisierung auf Maßnahmen zur Energieeinsparung kräftige Anstöße gegeben.

Am stärksten hat sich die Nachfrage nach Wohnbauten erhöht. Gegen Jahresende ist auch die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten erheblich gestiegen. Die Auftragsvergabe des Staates, deren Expansion vornehmlich vom Programm für Zukunftsinvestitionen getragen wird, hat sich dagegen zuletzt etwas abgeschwächt. Dabei mag es sich zum Teil um eine Streckung von Bauvorhaben, zum Teil aber um erste Anzeichen dafür handeln, daß das Programm ausläuft.

Die Bautätigkeit hielt vor allem wegen des Mangels an Facharbeitern, zum Teil auch an Hilfskräften, mit dem Ansturm der Nachfrager nicht Schritt. Produktionshemmend wirkt sich überdies aus, daß Bauunternehmen offenbar mehr und mehr zu Betriebsferien übergehen, und zwar in der für Außenarbeiten günstigsten Zeit. In den letzten Monaten

litt die Bautätigkeit zudem unter dem außergewöhnlich harten Winter, der in weiten Teilen der Bundesrepublik zur Stilllegung von Baustellen zwang und die Bautätigkeit stark sinken ließ.

Nachfragesog und Kostendruck haben den Preisaufrtrieb in der Bauwirtschaft weiter verstärkt. Der Preisindex für Bauinvestitionen war im ersten Vierteljahr um fast 7 vH höher als vor einem Jahr. Im Durchschnitt des letzten Jahres belief sich die Verteuerung zwar schon auf 6 vH, doch ist in dieser Steigerungsrate auch der Effekt der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 11 auf 12 vH enthalten.

Überraschend starker Anstieg der Ausrüstungen

Bis zur Jahresmitte schien es noch, als würde der Aufschwung der Ausrüstungsinvestitionen an Dynamik verlieren. Danach kam es jedoch – wenn man den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes folgt – zu einem überaus kräftigen Sprung nach oben.

Die Zunahme erstreckte sich auf nahezu alle Bereiche. Besonders stark war sie in der Bauwirtschaft, wo der Nachfrageanstieg am größten war. Bemerkenswert erscheint, daß die Anschaffungen von Nutzfahrzeugen sowie Einrichtungen der Büro- und Datentechnik am stärksten expandierten. Rationalisierungen und Ersatzbeschaffungen standen weiterhin im Vordergrund der Investitionsabsichten. Dabei stiegen die Importe von Investitionsgütern erneut rascher als die Bezüge aus dem Inland.

Die Preise für Investitionsgüter haben sich im Jahre 1978 weniger als im Jahre 1977 erhöht. Das gilt für die Preise sowohl inländischer als auch ausländischer Erzeugnisse. In den letzten Monaten hat sich der Anstieg allerdings etwas verstärkt.

Einkommen und Verbrauch stiegen zügig

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte sind im Laufe des Jahres 1978 recht zügig gestiegen. Zwar waren die Rentenerhöhungen um ein halbes Jahr hinausgeschoben worden; Steuerentlastungen und die Erhöhung des Kindergeldes bildeten jedoch ein Gegengewicht.

Die Expansion von Einkommen und Verbrauch setzte sich nach der Jahreswende fort. Das Kindergeld wurde abermals angehoben; zudem trat die – aufgeschobene – Rentenerhöhung in Kraft. Deshalb haben die Einkommen aus Übertragungen verstärkt zugenommen. Die in den letzten Monaten tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen waren zwar nicht mehr so hoch wie zuvor; dieser Einfluß wurde indes durch eine größere Zahl von Arbeitskräften sowie die erneute Verringerung der Belastung mit Steuern ausgeglichen.

Kräftige Zunahme der Einfuhr

Bis zum Herbst war der Anstieg der Einfuhr überwiegend von Enderzeugnissen getragen worden, und zwar sowohl von Investitions- als auch von Verbrauchsgütern. Danach nahmen auch die Importe von Vorprodukten kräftig zu, zunächst wegen der angekündigten Erhöhung der Rohölpreise, dann aus Sorge vor einer Erdölverknappung und schließlich, weil der außergewöhnlich lange und kalte Winter den Bedarf an Mineralölprodukten erheblich steigerte. Darüber hinaus wurden offenbar auch die Lager von anderen eingeführten Vorprodukten merklich aufgestockt.

Die Importpreise zogen um die Jahreswende kräftig an. Dazu trug vor allem die Verteuerung von Rohöl, anderen Rohstoffen und Halbwaren auf den Weltmärkten bei; außerdem fiel der Kurs des Dollars nicht mehr weiter, so daß wechsellkursbedingte Verbilligungen ausblieben.

Mit der Umkehr der Entwicklung ging nicht nur eine eineinhalb Jahre lange Periode sinkender Importpreise zu Ende, eine Tendenz, die bis in den Herbst hinein vom Rückgang des Dollarkurses verstärkt wurde, sondern auch die Verbesserung der Terms of Trade, die die Ertragslage der Unternehmen begünstigt hatte.

Beschäftigung erhöhte sich weiter

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist auch gegen Ende des vergangenen Jahres noch recht kräftig gestiegen; die Ausfälle durch Streik und Aussperrung waren in der Eisenschaffenden Industrie zwar beträchtlich, auf die gesamte Wirtschaft bezogen aber gering. In den ersten Monaten des neuen Jahres behinderten Schnee und Eis einige Branchen erheblich. Besonders stark fiel die Bautätigkeit zurück; sie dürfte im ersten Vierteljahr um etwa 5 vH niedriger als vor einem Jahr gewesen sein. Die Zahl der den Arbeitsämtern angezeigten Ausfalltagewerke war um fast die Hälfte höher als vor einem Jahr.

Daß die Zahl der Arbeitslosen trotz der außergewöhnlich starken Beeinträchtigung der Produktion durch die Witterung saisonbereinigt sogar zurückging, deutet darauf hin, daß die Unternehmen die weitere wirtschaftliche Entwicklung günstig einschätzen und nicht nur Arbeitskräfte durchhielten, sondern auch Neueinstellungen vornahmen.

Besonders deutlich war der Beschäftigungsanstieg im Bauhauptgewerbe und im Dienstleistungshandwerk. Im Ausbauhandwerk war er wegen fehlender Fachkräfte nur gering. In der Industrie kam der Beschäftigungsrückgang zum Stillstand. Insgesamt war im Winterhalbjahr die Beschäftigtenzahl saison-

bereinigt deutlich höher als zuvor. Ein erheblicher Teil der Mehrbeschäftigung entfällt auf die größere Zahl von Auszubildenden.

Das Nebeneinander von Unterbeschäftigung und Arbeitskräftemangel ergibt sich überwiegend aus regionalen und branchenmäßigen Unterschieden zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften. Gesucht werden vor allem Arbeitskräfte mit fachlicher Ausbildung, arbeitslos sind überwiegend Arbeitskräfte ohne abgeschlossene Ausbildung und häufig mit gesundheitlichen oder anderen Einschränkungen. Daß freilich auch unterschiedliche Branchenstrukturen die Lage bestimmen, zeigt sich daran, daß in Baden-Württemberg — einer Region mit einer derzeit günstigen Branchenstruktur — die Arbeitslosenquote im März 2,2 vH betrug, dagegen in Nordrhein-Westfalen 5,0 vH und im Saarland sogar 7 vH.

Preise stiegen verstärkt

Mit der Verteuerung von Rohstoffen und Erdöl auf den Weltmärkten hat sich der Preisanstieg in der Bundesrepublik verstärkt, zumal sich der Wechselkurs des Dollars stabilisierte, Preiserhöhungen auf den Weltmärkten also nicht mehr durch ein Sinken des Dollarkurses gemildert oder aufgefangen wurden. Besonders stark haben sich die Erzeugerpreise für Grundstoffe und Verbrauchsgüter erhöht, vor allem für Heizöl und Benzin.

Für die Verbraucher kam hinzu, daß zum Jahresanfang die Preise für einige Dienstleistungen kräftig heraufgesetzt wurden, darunter die Prämien für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, Postgebühren und die Gebühr für Rundfunk und Fernsehen. Ferner zogen die Preise für Nahrungsmittel wieder an.

Zinsanstieg trotz reichlicher Geldversorgung

Die kräftige monetäre Expansion setzte sich auch im Winterhalbjahr fort. Neben den Krediten an die öffentliche Hand stiegen die Ausleihungen für den Wohnungsbau und die Konsumentenkredite weiterhin rasch an. Die Unternehmen verschuldeten sich zuletzt verstärkt.

Die lebhaftere Zunahme der Nachfrage nach Krediten ließ zusammen mit der Erwartung höherer Inflationsraten die Zinsen weiter steigen. Im März war die Rendite festverzinslicher Wertpapiere bei verkürzten Laufzeiten mit 7% um fast einen Prozentpunkt höher als im Oktober vorigen Jahres. Derzeit folgen die Zinssätze für Bankkredite, aber auch die Einlagenzinsen bei Sparkassen und Banken dieser Tendenz.

Die Expansion der Zentralbankgeldmenge übertraf im Durchschnitt des vergangenen Jahres mit einer

Rate von 11,4 vH das von der Bundesbank gesteckte Ziel (8 vH) weit mehr als in den früheren Jahren. Auch für 1979 gab die Bundesbank ein Geldmengenziel bekannt. Allerdings nannte sie diesmal eine Bandbreite: Die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge soll vom vierten Quartal 1978 bis zum vierten Quartal 1979 innerhalb einer Marge von 6 bis 9 vH gehalten werden; bezogen auf den Jahresdurchschnitt entspricht das einer Spanne von 8 1/2 bis 10 1/2 vH.

Da gegen Ende des vergangenen Jahres die Liquidität der Banken unter dem Einfluß des Devisenzustroms erheblich gestiegen war, schöpfte die Bundesbank nach der Jahreswende über eine Kürzung der Rediskontkontingente Liquidität ab und verteuerte durch Erhöhung des Lombardsatzes ihr Geldangebot. Im März waren nicht zuletzt infolge von Liquiditätsverlusten durch Devisenabflüsse die Rediskontkontingente so weit ausgeschöpft, daß die Banken in erheblichem Umfange auf den – im Vergleich zum Wechselkredit teuren – Lombardkredit zurückgreifen mußten. Um den Banken wieder eine traditionelle Refinanzierung zu ermöglichen, stockte die Bundesbank die Rediskontkontingente wieder auf. Zugleich erhöhte sie den Diskont- und Lombardsatz und zog damit bei den Leitzinsen die Konsequenz aus ihrer Geldmengenpolitik.

Ausblick

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik vermutlich ähnlich stark sein wie vor der Beeinträchtigung durch die extremen Witterungsbedingungen im Winter. Die zeitweilige Zuspitzung auf dem Welt Erdölmarkt hat die Erwartungen der Unternehmer und der Konsumenten offenbar nicht nachhaltig beeinträchtigt. Gegenwärtig deutet wenig darauf hin, daß es doch noch zu erheblichen Störungen der Erdölversorgung kommt, die eine Neueinschätzung der wirtschaftlichen Aussichten erforderten.

Die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1979 beruht auf folgenden Annahmen:

- Erhebliche Störungen der Erdölversorgung und große Schübe beim Erdölpreis treten nicht mehr auf.
- Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland, namentlich in den für die Bundesrepublik wichtigsten Abnehmerländern in Westeuropa, vollzieht sich in leicht beschleunigtem Tempo; der Welthandel nimmt real um etwa 6 vH zu.
- Der effektive Wechselkurs der D-Mark erhöht sich höchstens im Ausmaß der Inflationsdifferenz gegenüber dem Ausland; der reale Wechselkurs sinkt also eher etwas.
- Die Gebietskörperschaften steigern ihre Aus-

gaben im vorgesehenen Umfang. Der Mehrwertsteuersatz wird am 1. Juli angehoben; neue finanzpolitische Maßnahmen kommen nicht hinzu.

- Die Bundesbank vermindert die Geldmengenexpansion nur allmählich, geht also nicht zu einer antizyklischen Politik über.
- Die noch ausstehenden Lohnvereinbarungen entsprechen in ihrer Größenordnung den bisherigen Abschlüssen.

Ausfuhr steigt deutlich

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Abnehmerländern läßt für die Ausfuhr eine deutliche Expansion erwarten. Zwar verschlechtern sich mit der absehbaren konjunkturellen Abschwächung in den USA dort die Absatzchancen; außerdem nehmen die Lieferungen nach Iran – von ihrem jetzt vermutlich erreichten Tiefstand aus – vorerst wohl kaum zu. Aber durch die konjunkturelle Belebung in den westeuropäischen Industrieländern, dem Absatzschwerpunkt der deutschen Exportwirtschaft, werden diese Einflüsse vermutlich mehr als ausgeglichen. Dies gilt um so mehr, als in Westeuropa mit einer wieder etwas lebhafteren Investitionstätigkeit gerechnet werden kann; Investitionsgüter sind im Exportsortiment der Bundesrepublik besonders stark vertreten. Mit der Steigerung der Öleinnahmen werden sicherlich auch die Käufe der OPEC-Länder wieder steigen. Nur schwach dürfte der deutsche Export in sonstige Entwicklungsländer zunehmen. Ihre Devisenlage wird durch die Verteuerung des Erdöls etwa ebenso belastet, wie sie durch die höheren Preise für andere Rohstoffe begünstigt wird. Wenig steigen wird auch die Ausfuhr in die Staatshandelsländer. Deren Importfähigkeit nimmt, begrenzt sowohl durch ihr ungünstiges Angebotsortiment als auch durch den erreichten hohen Schuldenstand, nur wenig zu.

Insgesamt kann 1979 mit einer Expansion der realen Warenausfuhr von rd. 6 vH in laufender Jahresrate gerechnet werden. Das entspricht etwa dem Tempo in den letzten beiden Jahren. Die Expansionsrate stimmt weitgehend mit der des Welthandels überein. Der nun schon einige Zeit zu beobachtende Gleichschritt von Welthandels- und deutschem Exportanstieg ist ein Indiz dafür, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren auf den Weltmärkten durch die reale Aufwertung der D-Mark nicht entscheidend verschlechtert hat. Freilich mußte dabei offenbar auf vielen Märkten eine Einengung der Gewinnspannen in Kauf genommen werden.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte der Spielraum für Preiserhöhungen im Export größer werden: Der Preisauftrieb im Ausland wird im allgemeinen deutlich stärker sein als in der Bundes-

republik. Infolge der veränderten Bedingungen auf den Devisenmärkten, vor allem wegen des verringerten Mißtrauens in den Dollar und wegen der kurzfristig sicherlich gewährleisteten Wechselkurskonstanz im Europäischen Währungssystem (EWS), wird sich die D-Mark vorerst aber wohl kaum aufwerten. Die Terms of Trade dürften sich dabei verschlechtern, da die Einfuhrpreise aller Voraussicht nach stärker steigen werden als die Ausfuhrpreise.

Finanzpolitik weiter expansiv

Die expansiven Wirkungen der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr primär von der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte aus. Das nach dem Wirtschaftsgipfel in Bonn beschlossene Steuerentlastungsprogramm führt 1979, unter Berücksichtigung der Mehreinnahmen von 2,5 Mrd. DM aus der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, zu Mindereinnahmen von 7,5 Mrd. DM. Damit verbessert sich vor allem die Einkommenssituation der privaten Haushalte; hinzu kommt die Erhöhung des Kindergeldes von 2,5 Mrd. DM in diesem Jahr. Bei den Entlastungen im Unternehmensbereich handelt es sich nicht zuletzt um eine Fortsetzung des Abbaus ertragsunabhängiger Steuern, wobei auch schon über das Jahr 1979 hinausreichende Schritte festgelegt sind. Diese Verbesserung der Rahmenbedingungen ist für die Wirtschaftsentwicklung auf mittlere Sicht zweifellos bedeutsamer, als sich aus den Entlastungsbeträgen allein ablesen läßt.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte werden dem Volumen nach schwächer expandieren als im Vorjahr. Lediglich der Personalbestand wird ähnlich erhöht werden. Weit weniger zunehmen werden die Sachkäufe, insbesondere die — im Vorjahr stark erhöhten — militärischen Beschaffungen. Das gleiche gilt für die öffentlichen Investitionen; dies hängt vor allem mit der fortgeschrittenen Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen zusammen. Die Produktionswirkungen dieses Programms werden kaum höher sein als im Vorjahr, die Auftragsvergaben sogar schon erheblich niedriger. Einen nur teilweisen Ausgleich dafür bildet die Aufstockung der Haushaltsansätze für Investitionen durch die Gemeinden.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte nimmt in diesem Jahr nochmals zu. Das Steueraufkommen wird zwar mit rd. 6 vH etwas mehr steigen als 1978 (+ 5,5 vH). Hierbei ist unterstellt, daß ein erheblicher Teil der Mindereinnahmen aus früheren Steuerbeschlüssen, z. B. der Körperschaftsteuerreform (Anrechnungsverfahren) und der Erweiterung der degressiven Abschreibung, erst im Jahre 1980 kassenwirksam wird. Stärker als die Einnahmen steigen aber die Ausgaben. So wird das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von

32 Mrd. DM auf rd. 40 Mrd. DM und in der Finanzstatistik von 42 auf rd. 50 Mrd. DM steigen. Die Sozialversicherung dürfte, vor allem wegen der relativ geringen Erhöhung der Altersrenten und wegen der fortdauernden Konsolidierungsbemühungen in der Krankenversicherung, mit einem etwa ausgeglichenen Haushalt abschließen.

Vor einer Abflachung der Baunachfrage

Der Anstieg der Nachfrage nach Bauleistungen wird sich wahrscheinlich im weiteren Verlauf dieses Jahres stark abflachen, vor allem wegen der allmählich auslaufenden Vergabe von öffentlichen Aufträgen aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen. Sie dürfte zu einem Rückgang der staatlichen Baunachfrage führen. Im Wohnungsbau wirken weiter steigende Baukosten, Grundstückspreise und Zinsen nun zunehmend als Nachfragebremse. Eine Rolle spielt auch, daß die Nachfrage wegen vorgezogener Käufe in letzter Zeit überhöht war. Daher ist zumindest eine starke Verlangsamung des Nachfrageanstiegs zu erwarten. Allein im gewerblichen Bau dürfte die Nachfrage noch ziemlich kräftig zunehmen. Bei den verstärkten Bemühungen sowohl um ausreichende Energieversorgung als auch um rationelle Energieverwendung ist zu erwarten, daß der Bau von Kraftwerken, Blockheizwerken und Fernwärmenetzen neue Anstöße erhält.

Im Wohnungsbau haben Instandsetzungen und Modernisierungen in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. In diesem Jahr wird sich wahrscheinlich besonders das mit Verzögerung verabschiedete Programm zur Einsparung von Heizenergie als Impuls für derartige Investitionen auswirken. Im gewerblichen Bau wird der Anstieg zunächst noch durch Beiträge aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen gestützt. Auch im öffentlichen Bau, vor allem im Tiefbau, ist aufgrund der hohen Auftragsbestände eine steigende Bautätigkeit vorerst gesichert.

Wegen der großen Auftragsbestände werden trotz gedämpfter Nachfrageentwicklung die gesamten Bauinvestitionen nach den witterungsbedingten Produktionsausfällen wieder merklich steigen. Da im Baugewerbe der Gerätebestand erheblich aufgestockt worden ist und Arbeitskräfte hinzugewonnen wurden, kann die Produktion zunächst nicht unbedeutend gesteigert werden. Später wird der Facharbeitermangel, besonders im Ausbaugewerbe, die Ausweitung der Produktion zunehmend begrenzen.

Fortgesetzt kräftiger Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen

Mit der Ausbreitung der konjunkturellen Auftriebskräfte ist schon im vergangenen Jahr die Zahl der Firmen des verarbeitenden Gewerbes, die ihre

Kapazitäten als zu hoch beurteilten, deutlich zurückgegangen. Damit stellt sich für eine größer werdende Zahl von Unternehmen die Frage nach einer Kapazitätserweiterung. Die Ertragslage und die Ertrags-erwartungen haben sich – vor allem unter dem Einfluß der steuerlichen Entlastungen sowie mäßiger Lohnabschlüsse – so weit gebessert, daß das Renditeargument kaum mehr gegen die Verwirklichung von Investitionsplänen spricht, die von den Erwartungen über den mengenmäßigen Absatz her geboten erscheinen. Zwar hat das Erweiterungsmotiv für die Investitionsplanungen noch längst nicht die dominierende Position errungen; doch schon die Vergrößerung der Bedeutung dieses Motivs führt zu einer Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit.

Nach den vorliegenden Investitionsplänen ist für 1979 mit einer Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen in der Größenordnung von 7 bis 8 vH zu rechnen. Die Dämpfung der monetären Expansion und die damit verbundenen höheren Zinsen dürften kaum schon zu Abstrichen an diesen Plänen führen. Verglichen mit der Entwicklung im Jahre 1978 ist eine Investitionsausweitung dieses Ausmaßes – folgt man den vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes für jenes Jahr – keine Verstärkung. Zu bedenken ist allerdings, daß 1978 auch die Ausrüstungsinvestitionen in durchaus nicht geringem Umfange durch Maßnahmen der Finanzpolitik, vor allem im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen, angeregt wurden. In diesem Jahr schwächen sich diese Effekte ab, gleichzeitig dürften jedoch die autonomen Investitionsentscheidungen an Bedeutung gewinnen.

An der Investitionszunahme werden voraussichtlich alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft beteiligt sein. Verstärkt steigen werden die Ausgaben für Maschinen und elektrotechnische Investitionsgüter. Die Käufe von Nutzfahrzeugen und Geräten der Büro- und Datentechnik werden dagegen abgeschwächt, gleichwohl aber kräftig expandieren.

Privater Verbrauch bleibt Stütze der Konjunktur

Die für die Entwicklung von Einkommen und Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte in diesem Jahr entscheidenden Faktoren sprechen für eine anhaltend kräftige Expansion. Die Lohnabschlüsse der diesjährigen Tarifverträge waren zwar recht gemäßigt; wegen der seit 1. Januar wirksamen Entlastungen bei den Steuern vom Einkommen wird aber der prozentuale Zuwachs der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer erneut deutlich und auch größer sein als die Zunahme der Bruttoeinkommen. Verstärkend auf die Kaufkraft der Haushalte wirkt daneben die weitere Erhöhung der Zahl der Beschäftigten und – bedingt durch konjunkturelle Besserung sowie

durch vermehrte Zahlungen von Urlaubsgeld – eine steigende Lohndrift.

Für die Entwicklung der Einkommensübertragungen an private Haushalte spielen nach der Anhebung der Renten zu Jahresbeginn die Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind zur Jahresmitte von 80 auf 100 DM monatlich und die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs eine Rolle.

Insgesamt wird der Anstieg des verfügbaren Einkommens im Durchschnitt dieses Jahres etwas stärker ausfallen als 1978. Eine Beschleunigung ist auch bei den Verbrauchsausgaben aufgrund des anhaltend günstigen Konsumklimas wahrscheinlich. Diese Prognose wird gestützt durch die bis zuletzt starke Kreditaufnahme der privaten Haushalte, die kaum auf eine Zunahme der Sparneigung im Durchschnitt der Haushalte schließen läßt.

Der Verbrauch wird dem Volumen nach im Verlauf des Jahres mit einem unveränderten Tempo von rd. 3 vH steigen. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1978 dürfte er um 3,5 vH zunehmen.

Weit über dieser durchschnittlichen Rate wird der Anstieg der Ausgaben für Urlaubsreisen liegen, während z. B. die Anschaffung von Kraftfahrzeugen kaum noch überdurchschnittlich expandieren wird. Die Käufe von Möbeln, Heimtextilien und elektrotechnischen Haushaltsgeräten, die im Vorjahr nur schwach gestiegen waren, werden verstärkt zunehmen.

Expansion des Sozialprodukts verstärkt sich wieder

Die konjunkturelle Aufwärtstendenz ist durch die Belastungen im Winterhalbjahr – Arbeitskampf in der Stahlindustrie, Verknappung und drastische Verteuerung von Mineralölprodukten, außergewöhnlich ungünstige Witterungsbedingungen – und die mit ihnen verbundene Verunsicherung von Produzenten und Verbrauchern nicht nachhaltig gebremst worden. Im weiteren Jahresverlauf wird das reale Brutto-sozialprodukt wieder kräftig steigen. Als Reaktion auf den durch Sondereinflüsse bewirkten Rückgang wird der Produktionsanstieg im zweiten Quartal besonders kräftig ausfallen. Vielfach wird versucht werden, die Produktionsausfälle wenigstens zum Teil aufzuholen. Im zweiten Halbjahr 1979 dürfte das Tempo des realen Wachstums mit reichlich 3 vH noch immer so groß sein, daß eine leichte Zunahme der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials erwartet werden kann.

Die gegenwärtig nur schwer quantifizierbaren Auswirkungen des Wintereinbruches erschweren die Abschätzung des Jahresergebnisses des Sozialprodukts. Der Anstieg dürfte im Jahresdurchschnitt dem Volumen nach in der Größenordnung von 4 vH

liegen. Fast doppelt so stark wird dabei wahrscheinlich die reale Einfuhr von Waren und Dienstleistungen expandieren. Faktoren wie der verstärkte Bedarf an Vorprodukten, der sich aus einer beschleunigt steigenden industriellen Produktion ergibt, weiterhin bestehende Wettbewerbsvorteile ausländischer Anbieter auf einzelnen Märkten, die fortschreitende internationale Arbeitsteilung und Produktdifferenzierung wirken auf eine weiter lebhaftere Einfuhrzunahme hin. Von der Vorratsbildung werden bei dem wieder ruhigeren Preisklima auf den Rohstoffmärkten kaum einflussreiche Wirkungen ausgehen.

Da das Steigerungstempo der Einfuhr abermals höher sein wird als das der Ausfuhr, wird der reale Außenbeitrag der Bundesrepublik weiter zurückgehen. Die Verschlechterung der Terms of Trade wird zu einer Verminderung des nominalen Außenbeitrags um schätzungsweise 7 Mrd. DM beitragen.

Fortsetzung des leichten Beschäftigungsanstiegs

Bei dem in dieser Prognose erwarteten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird sich die Beschäftigtenzahl erhöhen. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird im Jahresdurchschnitt 1979 um rd. 150 000 steigen (1978: 140 000). Der Rückgang der Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen schwächt sich ab. Insgesamt wird sich die Zahl der Erwerbstätigen, die 1978 um knapp 60 000 zugenommen hatte, um rd. 100 000 erhöhen.

Die stärkere Zunahme der Beschäftigtenzahl ist darauf zurückzuführen, daß im verarbeitenden Gewerbe mit der rascheren Erhöhung der Produktion im Verlauf des Jahres der Personalbedarf eher leicht zunimmt, die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt also nicht mehr sinkt, und in den anderen Sektoren, die schon 1978 eine positive Beschäftigungsentwicklung aufwiesen, weiterhin zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden.

Bei der skizzierten Entwicklung dürfte sich ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um jahresdurchschnittlich etwa 100 000 auf rund 900 000 ergeben. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 4,0 vH. Deutlicher verbessern wird sich die Chance für Jugendliche, eine Lehrstelle zu finden.

Einer rascheren Verminderung der Arbeitslosigkeit steht vor allem die Zunahme des Potentials an deutschen Erwerbspersonen entgegen; sie beträgt 1979 etwa 100 000 Personen. Die Aufhebung der Stichtagsregelung zugunsten der Einführung einer Wartezeit für Ehegatten und Kinder ausländischer Arbeitskräfte führt ebenfalls zu einer Vergrößerung der Erwerbspersonenzahl¹. Kurzfristig betrachtet wird sich mit der Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme von auslän-

dischen Familienangehörigen die Arbeitslosenzahl erhöhen, soweit sich dieser Personenkreis als arbeitssuchend bei den Arbeitsämtern meldet. Ob diese Regelung den Arbeitsmarkt auch auf längere Sicht belastet, ist offen. Sie ist zwar in erster Linie sozialpolitischer Natur, dürfte aber auch dazu führen, daß solche Stellen besetzt werden, für die sich keine deutschen Arbeitskräfte finden, wie im Baugewerbe und im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Durch die weitere Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte und die Herabsetzung der Altersgrenze zum vorzeitigen Rentenbezug für ältere Schwerbehinderte auf 61 Jahre wird der vom Erwerbspersonenpotential ausgehende Druck auf den Arbeitsmarkt nur wenig gemildert.

Erhöhte Inflationsrate

Nach dem überaus kräftigen Preisschub im Winterhalbjahr wird sich der Preisauftrieb zwar abschwächen, aber auch dann noch erheblich stärker sein als im vergangenen Jahr. Zu der Verschlechterung des Preisklimas tragen mehrere Faktoren bei: Reichliche Geldversorgung, konjunkturelle Besserung im Inland und Ausland, Engpässe in einzelnen Wirtschaftsbereichen, vor allem in der Bauwirtschaft, und nachlassender Wettbewerbsdruck im Zusammenhang mit der veränderten Tendenz des Wechselkurses. Dem steht allerdings der abgeschwächte Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber; nach den bisherigen Tarifabschlüssen ergibt sich von dieser Seite kein Anstoß zu einer beschleunigten Anhebung des inländischen Preisniveaus.

Die Preisentwicklung wird im Verlauf des Jahres 1979 stark von dem Tendenzumschwung bei den Einfuhrpreisen geprägt sein. Während im Durchschnitt des Jahres 1978 die Einfuhrpreise der Waren um 4,5 vH gegenüber dem Vorjahr gesunken waren, dürften sie 1979 gegenüber 1978 um mehr als 3 vH steigen. Diese Tendenzumkehr wurde vor allem bewirkt durch die starke Verteuerung nicht nur des Erdöls, sondern auch der Industrierohstoffe auf den internationalen Märkten, die — anders als im größten Teil des Jahres 1978 — nicht mehr durch eine Höherbewertung der D-Mark aufgewogen wird.

Die rapide Verteuerung des Mineralöls wird nachhaltige Auswirkungen auf die Inlandspreise haben.

¹ Nach der bisherigen Regelung wurde eine Arbeitsbewilligung im Rahmen der Familienzusammenführung nur dann erteilt, wenn der Ehepartner des in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländers vor dem 30. 11. 1974, Jugendliche vor dem 31. 12. 1976 in die Bundesrepublik eingereist waren. Die Neuregelung, die noch nicht in allen Einzelheiten festliegt, sieht im wesentlichen vor, daß eine Arbeitserlaubnis für Ehegatten nach einer Anwesenheit in der Bundesrepublik von vier Jahren und für Kinder nach zwei Jahren erteilt werden kann.

Nur das leichte Heizöl, dessen Preis durch verschiedene Faktoren besonders stark hochgetrieben wurde, wird sich – auch unter Ausschaltung saisonaler Einflüsse – voraussichtlich wieder verbilligen. Die Preise anderer Mineralölprodukte dürften sich im allgemeinen auf dem erreichten hohen Niveau halten. Bei Produkten, für deren Herstellung Mineralölprodukte als Kostengüter von Bedeutung sind (z. B. chemische Erzeugnisse, Baustoffe) wird sich deren Verteuerung teilweise erst in den kommenden Monaten auswirken.

Als Folge der zur Jahresmitte anstehenden Anhebung der Mehrwertsteuersätze werden die Verbraucherpreise sowie die Preise im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau verstärkt steigen. Auch wegen dieses Effekts werden die Verbraucherpreise im zweiten Halbjahr ihr Vorjahresniveau um rd. 4 vH übersteigen. Auf die Preise der Ausrüstungsinvestitionen wirkt sich eine – nachfragebedingt – verbesserte Marktstellung der Anbieter sowie der Fortfall von wechselkursbedingten Entlastungen bei importierten Erzeugnissen aus.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Angesichts der konjunkturellen Besserung und der beschleunigten Preissteigerungen konzentriert sich die wirtschaftspolitische Diskussion gegenwärtig auf die Inflationsbekämpfung und die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Beide Ziele sind wichtig. Ihre einseitige Betonung läßt befürchten, daß statt der erforderlichen Verstetigung der Wirtschaftspolitik eine antizyklische Gegensteuerung versucht wird. Wegen der Dauer der Entscheidungsprozesse und der Wirkungsverzögerungen besteht freilich die Gefahr, daß die antizyklisch gemeinten Maßnahmen prozyklisch wirken.

Die wirtschaftliche Entwicklung bringt im Jahre 1979 zwar eine Annäherung an das Beschäftigungsziel. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich diese Tendenz im Jahre 1980 fortsetzt, ist indes nicht sehr hoch. Die wirtschaftspolitischen Impulse werden nachlassen; zudem wirken endogene Ermüdungserscheinungen in wichtigen Branchen konjunktureldämpfend. Impulse von der Außenwirtschaft, die diese Schwächen ausgleichen könnten, sind nicht zu erwarten.

Wegen dieser Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1980 wäre es verfehlt, wenn die Wirtschaftspolitik mit Blick auf die gegenwärtige Inflationsbeschleunigung auf einen betont restriktiven Kurs umschwenken würde. Notwendig für die gleichzeitige Annäherung an Preisstabilität und hohe Beschäftigung ist vielmehr, daß Geld-, Finanz- und Lohnpolitik einen Kurs der Verstetigung verfolgen. Dazu gehört

– eine Geldpolitik, die nicht nur Überschreitungen,

sondern auch Unterschreitungen des Geldmengenziels vermeidet,

- eine Finanzpolitik, die Konsolidierung nicht zu Lasten des Wachstums anstrebt,
- eine Lohnpolitik, die sich in den von der Geld- und Finanzpolitik gesetzten Rahmen einordnet und durch einen maßvollen Kurs eine weitere Ausweitung der Beschäftigung begünstigt.

Die Bundesbank hatte im Jahre 1978 entgegen dem angekündigten Kurs eine übermäßige Geldmengenexpansion zugelassen, weil sie der DM-Aufwertung, auch wegen der konjunktureldämpfenden Effekte, entgegenwirken wollte. Auf die Beschleunigung der Inflation im Frühjahr 1979 reagierte sie nicht nur mit Dämpfungsmaßnahmen, sondern erweckte überdies den Eindruck, sie werde notfalls eine antizyklische Geldpolitik betreiben. Die Beschleunigung des Preisauftriebs sollte sie jedoch nicht vom Kurs der Verstetigung abbringen, denn auch hier gilt, daß man Fehler von gestern nicht mit überzogenen Maßnahmen von heute ausgleichen kann.

Eine stetige Geldmengenausweitung setzt allerdings voraus, daß die Bundesbank nicht zu umfangreichen Devisenmarktinterventionen gezwungen wird. Wegen der nach wie vor großen Inflationsunterschiede zwischen den am Europäischen Währungssystem beteiligten Ländern sind daher rechtzeitige Paritätsänderungen notwendig, um die Stabilitätspolitik in der Bundesrepublik Deutschland abzusichern. Sie sind auch notwendig, damit andere Länder nicht zu einer abrupt restriktiven Geldpolitik gedrängt werden.

Es entspräche dem Ziel einer Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung, wenn die Bundesbank die Ausweitung der Geldmenge nur schrittweise in den Zielkorridor zurückführte. Da das Wachstum der Zentralbankgeldmenge bis zuletzt noch erheblich über dem Zielkorridor lag, ergibt sich daraus in diesem Jahr eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge eher im oberen Bereich des angekündigten Bandes.

Nach der expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik seit 1977 scheint der Konsolidierung des Staatshaushaltes nun zunehmende Dringlichkeit eingeräumt zu werden. Darauf deutet nicht allein die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion, sondern auch die mittelfristige Finanzplanung hin. Konsolidierung der Staatsfinanzen kann jedoch nicht Selbstzweck sein, sie bedarf einer übergeordneten Begründung. Sie ist angezeigt, wenn staatliche Defizitpolitik wirtschaftlicher Besserung im Wege steht. Doch muß Konsolidierung keineswegs eine Verminderung des absoluten Defizitbetrages von Jahr zu Jahr bedeuten, sondern sollte eher eine schrittweise Verringe-

rung des „strukturellen“ Defizits, gemessen als Anteil am Sozialprodukt, sein. Im Rahmen einer wachsenden Wirtschaft kann dem investierenden Staat eine wachsende Kreditaufnahme sicherlich ebensowenig verwehrt werden wie dem Unternehmenssektor. Die Finanzpolitik sollte deshalb nicht in erster Linie von der verengten Sicht auf das staatliche Defizit geleitet sein, sondern sich danach richten, welche Steuer- und Ausgabenpolitik der Lösung des Wachstums- und Beschäftigungsproblems auf mittlere Sicht förderlich ist. Diese Politik wird freilich nur dann voll wirksam, wenn dem gegenwärtigen Urteil der Öffentlichkeit, eine Verminderung des staatlichen Defizits sei — unabhängig von der konjunkturellen Situation — unverzichtbar, überzeugend begegnet wird.

Dem Ziel der Förderung von Wachstum und Beschäftigung entspräche es sicherlich nicht, wenn die gewünschte Konsolidierung über eine Erhöhung der ohnehin als drückend empfundenen Steuern und Sozialabgaben angestrebt würde. Im Gegenteil, eine Steuerpolitik, die die „heimliche“ Steuer mehrbelastung aufgrund der Inflation durch Steuersenkungen ausgleicht, erscheint auf mittlere Sicht besser geeignet, die Leistungs- und Investitionsbereitschaft und damit Beschäftigung und Wachstum zu fördern. Hierdurch wird letztlich dem Ziel der Reduktion des Haushaltsdefizits auch entsprochen, freilich nicht, indem von einem bestimmten Einkommen ein steigender Anteil an den Staat abgeführt wird, sondern von einem höheren Einkommen ein unveränderter Anteil in die Staatskasse fließt. Im kommenden Jahr besteht nach den relativ großen Steuerentlastungen der beiden letzten Jahre freilich ein „Bedarf“ für den Ausgleich derartiger Steuer mehrbelastungen noch nicht².

Ebensowenig wie eine Erhöhung der Steuerlast zu einer wachstumsgerechten Finanzpolitik paßt, sind Rückgänge staatlicher Investitionsausgaben angebracht, sind sie doch weithin unverzichtbare Ergänzung, ja oft Grundlage privater Investitionen. Staatliche Investitionen sollten auch weiterhin bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Umweltschutz- und Verkehrsinvestitionen erscheinen ebenso dringend wie Verbesserungen des Kommunikationssystems und die Sicherung der Energieversorgung.

Ein Beitrag, der die gewünschte Steuer- und Investitionspolitik des Staates erleichtert, wäre die Fortsetzung der Politik zurückhaltender Lohnerhöhung für öffentlich Bedienstete. Die ist aufgrund der im öffentlichen Dienst gegebenen Arbeitsplatzsicherheit sicherlich zu vertreten und eröffnete, wie sich 1978 gezeigt hat, die Chance für notwendige Neueinstellungen.

Die erwünschte Konsolidierung kann auch durch den Abbau solcher Subventionen begünstigt werden,

deren Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung zweifelhaft ist. In Widerspruch dazu stünde die wiederholt geforderte Aufstockung der Sparförderung. Vielmehr sollte durch Festhalten an den gegenwärtigen Einkommensgrenzen der Aufwand dafür verringert werden. Änderungen wären auch an dem Förderungssystem des Wohnungsbaus angebracht; Erwerb von Wohneigentum sollte jedenfalls nicht Folge des Strebens nach Steuervermeidung sein. Die Lasten aus dem EG-Agrarhaushalt sollten durch Senkung der Interventionspreise auf Märkten mit Überschußproduktion, wie von einigen Mitgliedsländern der EG gefordert, vermindert werden.

Im Hinblick auf die Konsolidierungsanstrengungen sollte geprüft werden, ob für die Zeit nach 1981 die bruttolohnbezogene Rentenanpassung wieder eingeführt werden kann oder ob Alternativlösungen gefunden werden müssen.

Die jüngsten Lohnabschlüsse sind gemäßiger ausgefallen, als vielfach erwartet worden war. Die Lohnrunde 1980 könnte indes wieder Probleme werfen: Denn um die Jahreswende 1979/80 dürfte die wirtschaftliche Entwicklung für 1980 eher überschätzt werden, da kaum erkannt werden wird, daß die dann wohl günstigere Beschäftigungslage als Spätindikator ein zu freundliches Konjunkturbild zeichnet. Ins Gewicht fällt auch, daß eine Reihe von Kostenbelastungen (Urlaubsverlängerung und Arbeitszeitverkürzung) bereits in diesem Jahr vereinbart worden ist. Zudem könnte die Beschleunigung der Preissteigerungen von den Tarifparteien falsch interpretiert werden. Soweit sie aus der Mehrwertsteuererhöhung und der Verschlechterung der Terms of Trade resultiert, dürfen sie nicht zu zusätzlichen Lohnerhöhungen führen. Geschieht dies doch, so würde dies die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich beeinträchtigen.

² Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, vertritt die Auffassung, daß die mittelfristige Aufgabe der Finanzpolitik, für ein befriedigendes Wirtschaftswachstum zu sorgen, am besten durch eine kräftige und stetige Ausweitung der realen Nachfrage des Staates erfüllt wird. Die Finanzpolitik sollte also auf der Ausgabenseite ansetzen: Eine zentrale Rolle kommt dabei der Erhöhung der öffentlichen Investitionen zu; von großer Bedeutung ist auch die Förderung von solchen Investitionen im privaten Sektor, die volkswirtschaftlich erforderlich sind, aber ohne staatliche Zuschüsse nicht vorgenommen werden würden. Der in vielen Bereichen ungedeckte Personalbedarf erfordert außerdem eine deutliche Vergrößerung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Entspricht die Finanzpolitik diesen mittelfristigen Erfordernissen und sollen die Staatsfinanzen dabei der Konsolidierung näherkommen, so wird auch bei der Steuerquote auf absehbare Zeit ein Anstieg unumgänglich sein. Eine Politik weiterer ständiger Steuersenkungen würde also die Konsolidierung in Frage stellen. Ein Verzicht auf Steuersenkungen ist auch den Steuerzahlern zumutbar, da die Steuerbelastung in den letzten Jahren erheblich vermindert wurde.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1978		1979	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 0,2	0,3	0,5	0,2	0,3	0,5	0,5
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	- 0,4	- 0,6	- 0,5	- 1,0	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Arbeitsstage ³⁾	- 0,3	- 0,2	0	0,3	- 0,7	0	0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 0,9	- 0,5	0	- 0,5	- 0,6	0	0
Produktivität ⁴⁾	3,6	3,6	4	3,1	4,1	4	3,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970.....	2,8	3,1	4	2,6	3,5	4	3,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	666,6	709,5	761,5	340,0	369,5	363,5	398
Staatsverbrauch	240,3	256,1	273	116,8	139,3	125,5	148
Anlageinvestitionen	249,1	276,5	308,5	124,5	151,9	138	171
Ausrüstungen	99,9	110,4	122	50,2	60,2	56	66
Bauten	149,3	166,1	186,5	74,3	91,8	81,5	105
Vorratsveränderung	+ 9,1	+ 5,8	+ 10	+ 4,1	+ 1,7	+ 7	+ 3
Außenbeitrag	+ 28,6	+ 34,8	+ 28	+ 18,3	+ 16,5	+ 16,5	+ 11,5
Ausfuhr	329,3	347,0	375,5	168,2	178,8	183	193
Einfuhr	300,7	312,3	347,5	149,9	162,4	166	181
Bruttosozialprodukt	1193,7	1282,6	1381,5	603,7	678,9	650,5	731

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,0	6,4	7,5	7,1	5,8	7	7,5
Staatsverbrauch	5,7	6,6	6,5	5,6	7,4	7,5	6
Anlageinvestitionen	7,4	11,0	11,5	8,3	13,3	11	12,5
Ausrüstungen	10,2	10,5	10,5	8,9	11,8	12	9,5
Bauten	5,7	11,3	12,5	7,8	14,2	10	14,5
Ausfuhr	5,6	5,4	8	5,0	5,7	8,5	8
Einfuhr	6,5	3,9	11	2,6	5,0	11	11,5
Bruttosozialprodukt	6,4	7,4	7,5	6,9	8,0	8	7,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	454,3	471,3	487,5	227,2	244,1	235	252,5
Staatsverbrauch	142,6	147,2	151	71,2	76,0	73	78
Anlageinvestitionen	180,1	191,4	202,5	87,4	104,0	92	110,5
Ausrüstungen	74,7	80,8	87	36,9	43,9	40	46,5
Bauten	105,4	110,5	116	50,5	60,0	52	64
Vorratsveränderung	+ 6,7	+ 4,2	+ 7	+ 2,9	+ 1,3	+ 5	+ 2
Außenbeitrag	+ 26,4	+ 23,2	+ 21	+ 12,9	+ 10,3	+ 12	+ 9
Ausfuhr	234,0	244,2	258,5	119,1	125,1	126,5	132
Einfuhr	207,6	221,0	237,5	106,2	114,8	114,5	123
Bruttosozialprodukt	810,0	837,3	869	401,6	435,7	417,5	452

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,1	3,8	3,5	4,1	3,5	3,5	3,5
Staatsverbrauch	1,0	3,3	2,5	3,7	2,9	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	4,0	6,3	6	4,2	8,1	5,5	6,5
Ausrüstungen	7,7	8,2	7,5	7,0	9,2	9	6
Bauten	1,5	4,9	5	2,2	7,3	2,5	6,5
Ausfuhr	4,0	4,4	6	4,3	4,4	6,5	5,5
Einfuhr	4,9	6,4	7,5	5,9	7,0	8	7
Bruttosozialprodukt	2,6	3,4	4	2,9	3,8	4	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1978		1979	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

4. Preisniveau der Verwendungseite des Sozialprodukts (1970 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	2,6	3,5	2,9	2,3	3,5	4
Staatsverbrauch	4,6	3,2	4	1,9	4,4	4,5	3,5
Anlageinvestitionen	3,3	4,4	5,5	3,9	4,8	5	5,5
Ausrüstungen	2,2	2,2	3	1,8	2,4	3	3
Bauten	4,2	6,1	7	5,5	6,5	7	7
Ausfuhr	1,6	1,0	2	0,7	1,2	2	2,5
Einfuhr	1,5	— 2,4	3,5	— 3,1	— 1,8	2,5	4,5
Bruttosozialprodukt	3,8	3,9	4	3,9	4,0	3,5	4

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	669,9	709,7	755	339,7	370,0	361,5	393,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	547,1	579,3	616	275,6	303,7	292,5	323
Nettolohn- und -gehaltsumme	382,7	408,5	436,5	198,2	210,3	211,5	225
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	259,4	288,1	314,5	123,3	164,8	139	176
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	193,8	221,2	247	90,4	130,8	106	141
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	183,2	196,7	212,5	84,5	112,2	92	120,5
Nichtentnommene Gewinne	10,6	24,5	34,5	5,9	18,6	14	20,5
Volkseinkommen	929,3	997,7	1069,5	463,0	534,8	500	569,5
Abschreibungen	134,4	144,9	157,5	71,0	73,9	77	80,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	130,0	139,9	154,5	69,7	70,2	73,5	81
Bruttosozialprodukt	1193,7	1282,6	1381,5	603,7	678,9	650,5	731

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	6,9	5,9	6,5	5,6	6,3	6,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,1	5,9	6,5	5,4	6,3	6	6,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,9	6,7	7	6,4	7,1	6,5	7
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	6,9	5,2	5,5	4,8	5,6	5,5	5,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,7	6,0	6	5,7	6,3	6	6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,5	11,0	9,5	7,4	13,9	12,5	7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	— 0,5	14,2	11,5	8,9	18,1	17	8
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	1,7	7,4	8	5,2	9,1	9	7,5
Volkseinkommen	6,2	7,4	7	6,1	8,5	8	6,5
Abschreibungen	7,1	7,8	8,5	7,3	8,3	8,5	8,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	7,1	7,6	10,5	12,2	3,5	5,5	15,5
Bruttosozialprodukt	6,4	7,4	7,5	6,9	8,0	8	7,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	382,7	408,5	436,5	198,2	210,3	211,5	225
Empfangene laufende Übertragungen	208,8	221,5	234,5	110,6	110,9	117	117,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	202,2	216,3	234,5	94,6	121,7	103	131,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	7,7	8,6	9,5	4,1	4,5	4,5	5
Geleistete laufende Übertragungen ⁶⁾	23,0	25,1	26,5	11,6	13,5	12,5	14,5
Verfügbares Einkommen	763,1	812,5	869	387,6	424,9	414,5	454,5
Privater Verbrauch	666,6	709,5	761,5	340,0	369,5	363,5	398
Ersparnis	96,5	103,0	107,5	47,6	55,4	51	57
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,6	12,7	12,5	12,3	13,0	12,5	12,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	5,9	6,7	7	6,4	7,1	6,5	7
Empfangene laufende Übertragungen	7,0	6,1	6	8,4	3,8	6	6
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	3,7	7,0	8,5	5,1	8,5	9	8
Verfügbares Einkommen	5,8	6,5	7	6,5	6,5	7	7
Privater Verbrauch	7,0	6,4	7,5	7,1	5,8	7	7,5
Ersparnis	— 1,5	6,7	4,5	2,5	10,7	7	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1978		1979	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	313,7	331,3	351,5	155,6	175,7	163	189
Sozialbeiträge	185,5	198,8	212,5	97,1	101,7	104	108,5
Erwerbseinkünfte	9,4	11,0	11,5	5,6	5,4	6	6
Sonstige laufende Übertragungen	12,4	14,8	15,5	6,3	8,5	7	8,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,5	6,2	6	2,7	3,5	2,5	3,5
Einnahmen insgesamt	527,4	561,9	597,5	267,3	294,7	283	315
Ausgaben							
Staatsverbrauch	240,3	256,1	273	116,8	139,3	125,5	148
Zinsen	20,7	21,9	24	11,5	10,4	12,5	11,5
Laufende Übertragungen an	233,9	251,5	266,5	124,5	127,0	133	133,5
Private Haushalte	194,3	206,1	218	103,1	103,0	109	109
Unternehmen	21,9	26,7	28	11,3	15,4	13,5	14,5
Ausland	17,6	18,8	20,5	10,2	8,6	11	10
Geleistete Vermögensübertragungen	30,3	28,9	31	12,5	16,3	13	17,5
Nettoinvestitionen	33,5	38,3	42,5	16,2	22,1	17,5	25
Ausgaben insgesamt	558,7	596,7	637	281,6	315,1	301,5	335,5
Finanzierungssaldo ⁸⁾	— 31,3	— 34,7	— 39,5	— 14,3	— 20,4	— 19	— 20,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	11,2	5,6	6	6,2	5,1	4,5	7,5
Sozialbeiträge	7,2	7,2	7	7,3	7,1	7	6,5
Erwerbseinkünfte	— 5,4	16,9	7	18,2	15,5	5,5	8
Sonstige laufende Übertragungen	28,8	19,7	5	— 0,5	40,5	15	— 3
Empfangene Vermögensübertragungen	— 16,0	— 5,8	— 1	— 9,4	— 2,8	— 2	0
Einnahmen insgesamt	9,4	6,5	6,5	6,4	6,6	6	7
Ausgaben							
Staatsverbrauch	5,7	6,6	6,5	5,6	7,4	7,5	6
Zinsen	17,6	5,7	10,5	7,5	3,7	8,5	13
Laufende Übertragungen an	8,5	7,5	6	8,7	6,4	7	5
Private Haushalte	7,2	6,1	6	8,7	3,6	6	6
Unternehmen	15,2	21,6	4	4,5	38,1	17,5	— 6
Ausland	17,9	6,4	9,5	14,8	— 2,0	6,5	13,5
Geleistete Vermögensübertragungen	6,2	— 4,9	7	— 10,9	0,3	4,5	8,5
Nettoinvestitionen	— 1,5	14,4	11	13,0	15,4	9	13
Ausgaben insgesamt	6,8	6,8	7	6,6	7,0	7	6,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1979, S. 87 ff.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität — Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute — Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Brutto-Inlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 7) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 8) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von Bernd Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von Peter Ring und Ingo Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von Burkhard Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von Fritz Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,60.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.

— Die nächste Nummer des Wochenberichtes erscheint am 26. 4. 1979. —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.